

## **Kommunalverwaltungen und -politiker erhalten Serienbrief mit Drohungen im reichsbürgertypischen Stil**

In Sachsen, wie auch in weiteren ostdeutschen Bundesländern, sind seit Mitte Juni gleichlautende Schreiben an Bürgermeister und Gemeinderäte gesandt worden. Unter dem Pseudonym „Magdalena Müller“ wurden auf mehreren Seiten extremistische, geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Ansichten geäußert, die eindeutig der Reichsbürgerideologie zugeordnet werden können. Unter anderem wird behauptet, dass die Wiedervereinigung vor 33 Jahren nicht stattgefunden habe. In den ostdeutschen Ländern gelte weiterhin das Besatzungsrecht, aber nicht das Grundgesetz und die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Es wird die Umsetzung eines „10-Punkte-Planes“ gefordert. Dieser „Plan“ beinhaltet, dass die Kommunalpolitiker zurücktreten und Neuwahlen durchgeführt werden sollen, um die *„Gemeinde aus dem verbrecherischen und imperialistischen westalliierten BRD-System herauszunehmen“*. Anschließend spricht die Autorin die Drohung aus, dass bei Nichtbeachtung des „Planes“ bis zum 17.07.2023 dies eine Gefährdung der eigenen Sicherheit und der jeweiligen Familienangehörigen nach sich zieht. Explizit heißt es in dem Schreiben *„Ihre persönliche Unversehrtheit und die Ihrer Familienangehörigen Schaden erleiden könnte“* und dass *„die Beseitigung von rund 30.000 Gemeinderäten ... keinen Verlust“* darstelle.

Die Identität des oder der Verfasser dieses Schreibens sind noch unbekannt. Wie inkonsistent die Argumentation ist, zeigt sich darin, dass einerseits die Bundesrepublik Deutschland nicht als souverän und das Grundgesetz auf dem Gebiet der neuen Bundesländer als ungültig bezeichnet wird, aber umgekehrt auf einen Artikel des Grundgesetzes Bezug genommen wird, um die eigenen Thesen zu untermauern. Wie in einem Baukastensystem wird sich aus verschiedenen abwegigen Theorien bedient. Dabei wird offensichtlich nur die Argumentation unreflektiert übernommen, welche die eigene Sichtweise bestätigt und widersprechende Aspekte ignoriert.

Dieser Vorgang steht exemplarisch für eine Vielzahl von reichsbürgertypischen Schreiben, die tagtäglich bei Behörden aber auch privaten Unternehmen eingehen. Das Landesamt für Verfassungsschutz ist sich der für die Demokratie ausgehenden Gefahr und der Gefahr für die pauschal diffamierten, angefeindeten und bedrohten Personen, die sich politisch in einem öffentlichen Amt bzw. Ehrenamt engagieren, bewusst und wird das Vorgehen weiter beobachten.